



MENTAL HEALTH EUROPE



MENTAL HEALTH EUROPE

Boulevard Clovis 7, B-1000 Brussels

Tel + 32 2 280 04 68

Fax + 32 2 280 16 04

Email: info@mhe-sme.org

Web site: <http://www.mhe-sme.org>

**NEWSLETTER N°9 /2009
SEPTEMBER 2009**

Dieser Newsletter wird mit der Unterstützung von PROGRESS, dem EU-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität (2007-2013), veröffentlicht. Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen spiegeln nicht unbedingt den Standpunkt oder die Auffassung der europäischen Kommission wider. Die Kommission haftet keinesfalls für den möglichen Gebrauch der in diesem Newsletter enthaltenen Informationen. Mental Health Europe ist die EU-Verbindungsstelle für die Förderung der psychischen Gesundheit.

ÜBERSICHT

I. MENTAL HEALTH EUROPE	2
II. EU-INSTITUTIONEN UND ANDERE GREMIEN	3
III. NEUIGKEITEN VON ANDEREN (E)NGOs	5

I. MENTAL HEALTH EUROPE

MHE NEUIGKEITEN UND POLITISCHE ARBEIT

Politische Arbeit von MHE im Bereich soziale Eingliederung und psychische Gesundheit: MHE und der Europäische Verband der nationalen Vereinigungen für Obdachlosenhilfe (FEANTSA) fordern die EU-Parlamentarier auf, die Politik in den Bereichen Obdachlosigkeit und psychische Gesundheit voranzubringen.

Im Schlußbericht mit dem Europäischen Verband der nationalen Vereinigungen im Bereich der Obdachlosenhilfe (FEANTSA) hat Mental Health Europe (MHE) eine gemeinsame politische Stellungnahme ausgearbeitet. Sie enthält grundlegende Empfehlungen für die neu gewählten EU-Abgeordneten, damit sie sich Obdachlosigkeit und psychischer Gesundheit widmen.

Die Fakten machen deutlich, dass es zwischen psychischen Gesundheitsproblemen und Obdachlosigkeit einen klaren Zusammenhang gibt. Auf EU-Ebene herrscht Konsens darüber, dass die Frage der Obdachlosigkeit angepackt werden muss, wie auch das EU-Parlament 2008 in einer schriftlichen Erklärung zur Obdachlosigkeit eingeräumt hat, dass aber auch konkrete Aktionen erforderlich sind. Zu Beginn des Jahres verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution hinsichtlich der psychischen Gesundheit, mit einem klaren Bekenntnis zur Bedeutung der EU-weiten Kooperation in diesem Bereich, die schon im Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden hervorgehoben wurde.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme betonen MHE und FEANTSA, dass eine effektive Umsetzung des Europäischen Paktes für psychische Gesundheit und Wohlbefinden gewährleistet sein muss. Die Achtung und Bewahrung der Menschenrechte sowie die Förderung von psychischer Gesundheit und Wohlbefinden für alle sollten in sämtlichen Politikbereichen Priorität haben. Jeder hat ein Recht auf Wohnraum, auf das höchste, erreichbare Maß an körperlicher und psychischer Gesundheit, und auf Gesundheits- und Sozialfürsorge erster Güte. Es bedarf gezielter politischer Maßnahmen zur Bekämpfung extremer Armut, sozialer Ausgrenzung und Obdachlosigkeit, da diese Faktoren unweigerlich den menschlichen Gesundheitszustand, und natürlich auch die psychische Gesundheit, beeinflussen. Die Kooperation politischer Entscheidungsträger aus verschiedenen politischen Bereichen wie Soziales, Wohnungswesen, Volksgesundheit, physische und psychische Gesundheit ist im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes erforderlich.

Die gemeinsame Stellungnahme von MHE-FEANTSA kann herunter geladen werden auf: <http://www.mhe-sme.org/assets/files/Common%20statement%20FEANTSA%20MHE%20.pdf>

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte Astrid Mechel, MHE-Referentin für Sozialpolitik, astrid.mechel@mhe-sme.org

Politische Arbeit von MHE im Bereich soziale Eingliederung und psychische Gesundheit: NGO-Zusammenkunft mit Robert Verrue, dem neuen Generaldirektor der GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten & Chancengleichheit

Im Rahmen einer durch die Soziale Plattform organisierten Sitzung erhielten europäische NGOs aus dem Sozialwesen die Gelegenheit zu einem Dialog mit Robert Verrue, dem neuen Generaldirektor der GD Beschäftigung. Stellvertretend für MHE erläuterte Astrid Mechel kurz die MHE-Arbeit und unterstrich die Folgen der Kürzungen der Staatsausgaben für psychische Gesundheit und soziale Dienste in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, und die daraus resultierenden, zusätzlichen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung. Die Delegierten wurden an die auf EU-Ebene eingegangene Verpflichtung erinnert, wie sie im Europäischen Pakt für psychische Gesundheit und Wohlbefinden festgeschrieben sind.

For weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Astrid Mechel, MHE-Referentin für Sozialpolitik, astrid.mechel@mhe-sme.org

Politische Arbeit von MHE im Bereich soziale Eingliederung und psychische Gesundheit: Teilnahme an der Konferenz der Sozialen Plattform unter Beteiligung des kommenden spanischen EU-Ratsvorsitzes

Am 7. und 8. September 2009 beteiligten sich Mental Health Europe und einige Mitglieder am von der Sozialplattform organisierten Netzwerkbesuch bei der kommenden spanischen EU-Ratspräsidentschaft in Madrid. Ziel der Veranstaltung war es, soziale NGOs mit der zukünftigen spanischen EU-Ratspräsidentschaft in Kontakt zu bringen.

Während der Tagung kam es zu einem Austausch zwischen mehr als 60 NGOs und Juan Carlos Mato, Generaldirektor für Sozialpolitik, Familie und Jugend des spanischen Ministeriums für Volksgesundheit und Sozialpolitik. Fundación INTRAS und MHE erarbeiteten eine Stellungnahme zu den Hauptproblemen bei der Politik für psychische Gesundheit und Wohlbefinden und zu den Auswirkungen der Rezession auf den Sektor der psychischen Gesundheit in Spanien. Grundlegende Empfehlungen für die Akteure der nationalen und europäischen Politik wurden ebenfalls vorgelegt. Die MHE-Delegation hob hervor, dass psychische Gesundheit als Indikator für die aktuelle Krise und deren Ausmaß gesehen werden muß Entlassungen und Schließungen von Einrichtungen sind alarmierend: Depressive Störungen in der Bevölkerung nehmen zu und betreffen nicht nur im Zuge der Krise vom Arbeitgeber entlassene Personen, sondern auch deren Familien und das weitere Umfeld. Der Verlust sozialer Kontakte zeigt sich nachweislich an der in einigen Ländern stark steigenden Zahl von Suiziden. Psychische Gesundheit muß daher als sensibler Aspekt der Sozialpolitik betrachtet werden. Im Sinne eines Sozialpaktes muss unter Berücksichtigung von sozialer Absicherung, Beschäftigung und Ausbildung ein koordinierter ressortübergreifender Ausweg aus der Krise gefunden werden. Die weiterführenden Arbeiten mit dem spanischen EU-Ratsvorsitz laufen.

Die gemeinsame Stellungnahme von Fundación INTRAS und MHE können Sie unter folgendem Link herunterladen: <http://www.mhe-sme.org/assets/files/INTRAS-MHE%20Statement%20addressed%20to%20Spanish%20Presidency.pdf>

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Astrid Mechel, MHE-Referentin für Sozialpolitik, astrid.mechel@mhe-sme.org

II. EU-INSTITUTIONEN UND ANDERE GREMIEN

Generaldirektion Forschung veröffentlicht Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Am 30. Juli 2009 veröffentlichte die Generaldirektion Forschung einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen innerhalb des siebten FTE-Rahmenprogramms. Insbesondere die Thematik "Sozialplattform für nachhaltige Lebensweise" gibt NGOs und Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, einen Antrag auf Finanzierung einzureichen.

Unter folgenden Links finden Sie weitere Informationen:

http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7ActivityCallsPage&id_activit y=8 und http://ec.europa.eu/research/social-sciences/index_en.html

Bedingungen für ein Leben in Unabhängigkeit schaffen: Konferenz zum europäischen Tag der Menschen mit Behinderung

Um den europäischen Tag der Menschen mit Behinderung zu begehen, organisiert die EU-Kommission am 3. und 4. Dezember 2009 in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Behinderten-Forum (EDF) eine politische Konferenz in Brüssel. Die Konferenz leistet einen Beitrag zum besseren Verständnis der Aspekte eines Lebens in Unabhängigkeit, insbesondere wirtschaftliche Eigenständigkeit, gemeinnützige Arbeit und Hilfstechnologien.

Mehr Informationen unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=429&langId=en&eventsId=205&furtherEvents=yes>

Quelle: Pressedienst des EU-Parlamentes

Schwedische Minister präsentierten Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft im Beschäftigungs- und Sozialausschuss des Europäischen Parlamentes

Am 2. und 3. September präsentierten Maria Larsson, schwedische Ministerin für Altersfürsorge und Volksgesundheit, Sven Otto Littorin, schwedischer Minister für Beschäftigung, sowie Bettina Kashefi, Staatssekretärin für Renten, Kranken- und Sozialversicherung im Ministerium für soziale Sicherheit, die Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft in ihren jeweiligen Bereichen. Im Anschluss daran fand eine Diskussion mit den Mitgliedern des Beschäftigungs- und Sozialausschusses des EU-Parlamentes statt.

In den Präsentationen wurden die Ziele der schwedischen Ratspräsidentschaft hinsichtlich Förderung des gesellschaftlichen Wohlbefindens, ein gesundes und würdiges Altern und Menschen mit Behinderung aufgezeigt. Unterstrichen wurden auch die Bedeutung einer Verbesserung der Pflegequalität mit dem Ziel eines individuelleren, maßgeschneiderten Ansatzes gemäß der persönlichen Bedürfnisse der einzelnen Person, Integration in den Arbeitsmarkt und Bekämpfung von Armut. Die schwedischen Minister forderten auch eine verbesserte Kooperation zwischen Gesundheitsfürsorge und sozialer Absicherung sowie einen intensiveren Austausch bewährter Praktiken der EU-Mitgliedstaaten.

Bereits im Juli 2009 hatte Mental Health Europe gegenüber dem schwedischen EU-Ratsvorsitz Stellung zu dessen Prioritätenliste bezogen.

Die Stellungnahme von MHE finden Sie unter <http://www.mhe-sme.org/assets/files/MHE%20view%20on%20Swedish%20Presidency%20work%20programme.pdf>

Ad Hoc Gruppe für den Übergang von der Anstaltsfürsorge zum Pflegedienst auf Gemeindeebene

Am 23. September waren die Mitglieder der Sachverständigengruppe aufgerufen, Kommissar Spidla ihren Abschlussbericht auszuhändigen. Er zeigte sich hocheifrig über die Ergebnisse, da sie die Hauptgruppe der Menschen erfassen, die lange Jahre in Anstaltsfürsorge verbringen: Personen mit körperlichen oder intellektuellen Beeinträchtigungen, psychischen Gesundheitsproblemen, ältere Menschen und Kinder. Die tatsächliche Zahl der Personen in Anstaltsfürsorge lässt sich nur schwer ermitteln, geht aber sicherlich in die Millionen.

In dem Bericht werden mehrere grundlegende Herausforderungen zur Deinstitutionalisierung und eine Reihe gemeinsamer Prinzipien aufgezeigt. Es wird auch darauf verwiesen, dass die Mitgliedstaaten die Hauptakteure beim Erreichen hochwertiger Normen auf diesem Gebiet sind. Bei der Zusammenkunft hatten die Mitglieder Gelegenheit, Empfehlungen an die EU-Kommission zu richten: Insbesondere die Vorlage einer Mitteilung über den Übergang zum Pflegedienst auf Gemeindeebene und die Einarbeitung gemeinsamer Grundsätze in alle relevanten EU-Politiken.

Ein Nachfolge-Treffen mit allen Experten wird organisiert.

Der Bericht ist nun in der englischen Fassung erhältlich, wird aber bald in allen EU-Sprachen veröffentlicht.

ZUR ERINNERUNG: Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden veröffentlicht.

In Europa leben mittlerweile 78 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, was 16 % der europäischen Bevölkerung entspricht. Daher wird 2010 das „Europäische Jahr (EJ) zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ sein. In diesem Kontext werden Themenkreise wie Abschaffung der Kinderarmut, Zugang zu guten Wohnungen, Arbeitslosigkeit und Bekämpfung von Diskriminierung behandelt. Das EJ 2010 besitzt einen Etat von 26 Millionen Euro, wovon 17 Millionen Euro durch die EU beigesteuert werden. Organisationen der Zivilgesellschaft sind aufgerufen, sich mittels der Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen, die durch die nationalen Durchführungsstellen (NIB) in jedem EU-Land

gestartet werden, an den Aktionen zu beteiligen. Unter den zahlreichen finanzierten Aktivitäten wird es Sensibilisierungs- und Solidaritätskampagnen, Konferenzen und andere wegbereitende Initiativen geben. Bislang sind Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen in Belgien, Frankreich, Luxemburg, Österreich und dem Vereinigten Königreich veröffentlicht worden.

Mehr Informationen über das Europäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung finden Sie auf <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=637>

Um die oben erwähnten Aufrufe und die Kontaktangaben aller nationalen Kontaktstellen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Astrid Mechel, MHE-Referentin für Sozialpolitik, astrid.mechel@mhe-sme.org

III. NEUIGKEITEN VON ANDEREN (E)NGOs

Social Firm Europe zieht in das Vereinigte Königreich um

Seit September 2009 ist der Umzug der Geschäftsstelle von Social Firms Europe (CEFEC), der Verband für europäische Sozialbetriebe, in das Vereinigte Königreich unter Aufsicht der neu gewählten Generalsekretärin von Social Firms Europe CEFEC, Sally Reynolds, Chief Executive von Social Firms UK, in vollem Gange.

Detaillierte Informationen zu den bevorstehenden Änderungen hinsichtlich der Geschäftsstelle finden Sie auf der Homepage von CEFEC unter www.cefec.org

Wollen Sie Informationen mitteilen, etwas ankündigen oder einen Beitrag für den MHE-Newsletter liefern?

Bitte senden Sie Ihre Beiträge an info@mhe-sme.org